

Leitartikel

HELMUT BRANDSTÄTTER

Kindergarten für alle – nicht für Politiker

Die Lage ist zu ernst für Polit-Spielereien. Aber noch hat Österreich alle Voraussetzungen für Erfolg

Die Politik ist im Kindergarten gelandet. Der Sebastian hat gesagt, dass der Christian ein Spielzeug versteckt hat, der geht jetzt zur Tante und will, dass der Sebastian eine Strafe kriegt... Und dann wollen sie unser Land regieren...

Es war ein schwerer strategischer Fehler von ÖVP-Chef Kurz, der SPÖ ohne Beweise eine 100.000-Euro-Spende des Industriellen Haselsteiner zu unterstellen, weil jetzt umso heftiger über Großspender der ÖVP und deren Interessen diskutiert werden wird. Und die Klage der SPÖ ist sinnlos – Politik gehört nicht in Gerichtssäle. Vor allem aber werden die Wähler wiederum darauf aufmerksam gemacht, dass die Parteien trotz der jährlichen Großspende von uns Steuerzahlern von über 200 Millionen Euro noch immer Geldbedarf haben. Wofür eigentlich? Am Gratis-Boulevard, wo Geld gegen Jubel-Stories gewechselt wird, tun sie es ja auch mit Steuergeld. Nach der Wahl muss der Nationalrat ein ernsthaftes, wasserdichtes Gesetz für die Finanzierung der Parteien beschließen, inklusive deutlicher Strafdrohung bei Verstößen. Auch zum Schutz der Parteien, wenn sie ihr Image nicht weiter beschädigen wollen.

Das demokratische Gefüge wird ja schon durch Holzhammer-Wahlkämpfe geprüft, wo der jeweilige politische Gegner angeblich in den totalen Abgrund führt, während man selbst die Lösung für alle Probleme hätte. Glauben wir niemandem, der für die vielen Herausforderungen – von den weltweiten Wanderbewegungen bis hin zur Digitalisierung – ein Patentrezept hat, vielleicht sogar noch ein nationales.

Ein Ende des Wohlstands für alle?

Der Chefvolkswirt der deutschen DekaBank, Ulrich Kater, meinte in Alpbach: „Es gibt keine Blaupause für ein Gesellschaftsmodell in der digitalisierten Welt“, um dann eine düstere Prognose nachzuschreiben: „Wohlstand für alle ist vorbei.“ Nun gab es Wohlstand für alle nie auf dieser Erde. Wir in Europa haben uns nach dem Zweiten Weltkrieg in der sozialen Marktwirtschaft wohl eingrichtet. Aber die Finanzierung des Sozialstaates über den Faktor Arbeit wird an ihre Grenzen stoßen, erst recht in der grenzenlosen Globalisierung, wo die Industrieproduktion bei uns jedenfalls rückläufig wird.

Dabei schauen die nächsten Jahre nicht schlecht aus, wie die gestrige Prognose zum Wirtschaftswachstum und die positive Tendenz am Arbeitsmarkt erkennen lassen. Daran hat durchaus auch die Bundesregierung einen Anteil, die spät, aber doch, zwei Maßnahmen beschlossen hat – den Beschäftigungsbonus für Neueinstellungen und die Aktion 20.000 für Menschen über 50 Jahre.

Die Arbeitslosigkeit wird also sinken, gleichzeitig werden Fachkräfte gesucht. Aber die Job-Profile werden sich in den nächsten Jahren ständig verändern. Da werden sich die Schulen noch schneller ändern müssen, die Ausbildung muss flexibel sein und wir alle müssen wach für Innovationen sein. Das wären Themen für den Wahlkampf, nicht Gerichtstermine.

eMail an: helmut.brandstaetter@kurier.at  
auf Twitter folgen: @HBrandstaetter



Keine Einigung auf das Sicherheitspaket für mehr Überwachung: SPÖ-Verteidigungsminister Dokoziil und ÖVP-Innenminister Sobotka

Überwachung im Internet wird Zankapfel im Wahlkampf-Finale

VON BERNHARD GAUL

Rotes Jein zu VP-Plan.

Wolfgang Sobotka „enttäuscht“ über Ex-Koalitionspartner. Meinungsforscher sieht VP-Punktesieg.

Am Freitag endete der Nationale Sicherheitsrat ohne Ergebnis. ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka zeigte sich „enttäuscht“, sein „Sicherheitspaket“ werde „in dieser Periode nicht mehr“ kommen: „Der linke Flügel hat sich leider durchgesetzt.“

Die ÖVP hatte das höchste Beratungsgremium in Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik einberufen, um noch einmal Druck für das „Sicherheitspaket“ zu machen. Sobotka hatte im Vorfeld klar gemacht: „Alle innerhalb und außerhalb des Parlaments, die gegen diese gesetzlichen Anpassungen sind, planen einen Anschlag auf die Sicherheit der Österreicher.“ Dafür hatte er mas-

sive Kritik einstecken müssen, er stehe aber zu seiner „pointierten Aussage“, ließ Sobotka dennoch wissen.

Worum geht es? Das Sicherheitspaket beinhaltet eine massive Ausweitung der Überwachungsmöglichkeiten für die Behörden, vor allem für Internet-basierte Kommunikation. Die Kritik daran ist zahlreich (siehe unten), und sogar die FPÖ, sonst in Sachen Polizeüberwachung nicht gerade zimperlich, ist gegen das Paket. FPÖ-General Herbert Kickl schimpfte, das Paket zeige jenes „autoritäre Denkmuster innerhalb der Volkspartei auf,

das sich auch in deren staatspolitischen Vorstellungen widerspiegelt“, und es erinnere ihn an den DDR-Staatsschutz.

SPÖ: Ja, aber

Die Sozialdemokraten waren am Freitag bemüht, dem Paket eine Absage zu erteilen, ohne sich dabei angreifbar zu machen, sie würden Terrorabwehr auf die leichte Schulter nehmen. Also erklärte der als „Sicherheitsminister“ beworbene Verteidigungsminister Hans Peter Dokoziil (er ist laut Umfragen der vertrauenswürdigste SPÖ-Politiker): Die SPÖ stehe grundsätzlich dazu, dass es mehr Si-

cherheit geben müsse und die Polizei die richtigen Instrumente bekomme. Aber auch ein ordentlicher Rechtsschutz sei eben sehr wichtig. Hier brauche es „durchaus noch Diskussionen“. Dokoziil schlug dann eine „Arbeitsgruppe mit technischen und Verfassungs-Experten“ vor.

Die Opposition sprach erneut despektierlich von einer „Wahlkampf-Veranstaltung der ÖVP“. FPÖ-Mandatär Walter Rosenkranz ernüchternd: „Erkenntnisgewinn war es keiner.“

Sicherheit Thema Nr. 1

Aber hat das monatelange Gezerre um das „Sicherheitspaket“ letztlich Gewinner und Verlierer – schließlich wird in 43 Tagen gewählt. OGM-Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer sieht einen Punktesieg für die Volkspartei: „Sicherheit ist bei der Bevölkerung immer Thema Nummer 1. Und mehr Überwachung wird als mehr Sicherheit verstanden. Die überwiegende Mehrheit sagt auch: Ich hab ja bei der Überwachung nichts zu befürchten, weil ich auch nichts ausgefressen habe.“ Die ÖVP vertrete nun den Standpunkt: Sicherheit ohne Wenn und Aber. „Und die SPÖ sagt: Ja zur Sicherheit. Aber“.

Vier Klagen und viel Kritik an Sobotkas Überwachungsplan

Zivilgesellschaft. Den Vertreter der Datenschutz-NGO Epicenter Works ist der Krangel längst geplatzt. Sie wollen gemeinsam mit der Anwältin Elisabeth Rech Innenminister Wolfgang Sobotka klagen. Anlass war seine Aussage, Kritik am Sicherheitspaket sei „ein Anschlag auf die Sicherheit der Österreicher“. Geklagt wird wegen „übler Nachrede“.

Und dann legen die Datenschützer erst so richtig los: Christof Tschohl, Obmann von Epicenter Works, kritisiert das Vorhaben der anlasslosen Überwachung „auf Verdacht“. Er bemängelte dabei „massive Rechtsschutzlücken“. Auch der Grüne Klubchef Albert Steinhauser warnt davor, dass eine Speicherung von Bürgerdaten ohne konkreten Verdacht verfassungswidrig sei.

Problematisch wird vor allem der „Bundestrojaner“ gesehen, eine Software, die ohne Wissen der Benutzer auf Handy oder Computer eingeschleust werden kann, um die Daten auszuspähen. Steinhauser kritisiert, dass der Staat sich dafür Sicherheitslücken im IT-System zunutzen machen wolle, obwohl es eigentlich seine Aufgabe wäre, diese zu schließen. Oft

würden Kriminelle Mobiltelefone wechseln, weswegen der Nutzen des Trojaners ohnehin fraglich sei.

Ewald Scheucher, Rechtsanwalt der Datenschützer von Epicenter Works, riet dem Innenminister schließlich noch, sich daran zu erinnern, dass er ein bezahlter Angestellter der Österreicher sei – und nicht „in einer Gott-ähnlichen Stellung“.

– A. HOLLEIS, S. ZETTINIG

PAMMESBERGER

DOWNLOADEN SIE SICH DIE WAHLKAMPF EMOJIS, DIE IHNEN ZUSTEHEN! 👍

SPÖ, ÖVP alt, ÖVP neu, FPÖ, Grüne, neos, Team Stronach, Unentschlossen, KANDIDAT:, Stammwähler, Wähler

Jetzt aufs Handy :)

KURIER.at/Pammesberger

westbahn westbahn.at Sommer westspartage

September 2017						
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
				1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	

Tickets günstig, unlimitiert und stressfrei bis knapp vor der Abfahrt buchen - schon ab € 9,99.

■ Gültig den ganzen Tag ■ Gültig bei Abfahrt bis inkl. 15:00 Uhr ■ Gültig bei Abfahrt ab inkl. 11:00 Uhr

\*Es gilt die fahrplanmäßige Abfahrtszeit von Ihrem Einstiegsbahnhof. Gültig bis 30.09.17 an markierten Tagen lt. Kalender für eine einfache Fahrt. Erhältlich online, in WESTpay und in über 3.000 Trafiken Österreichweit. Nicht im Zug erhältlich. Es gelten die AGB der WESTbahn Management GmbH. Nähere Informationen: westbahn.at.